

## ANTWORTEN DER PARTEIEN AUF WAHLPRÜFSTEINE DES FACHVERBANDS ETHIK ZUR LANDTAGSWAHL 2016 IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Fragen	ANTWORT CDU	ANTWORT GRÜNE	ANTWORT SPD	ANTWORT FDP	ANTWORT LINKE
<p><b>1. Sind Sie bereit, Ethikunterricht in den allgemein bildenden Schulen ab Klasse 1 einzurichten?</b></p>	<p>„Der christliche Religionsunterricht ist für uns Ausdruck der abendländischen Kultur unseres Heimatlandes. Er steht für uns nicht zur Debatte und kann auch nicht adäquat durch Ethik-Unterricht ersetzt werden. Die Vermittlung von Werten wie Freiheit, Eigenverantwortung, Solidarität und Nächstenliebe auf der Basis des christlichen Glaubens muss an Schulen einen festen Platz haben. Wir haben islamischen Religionsunterricht für die Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens in der Schule eingeführt und treten für den bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau in hoher Qualität ein. Er wird aber in deutscher</p>	<p>1. Weil die Zahl von Kindern und Jugendlichen ohne religiöse bzw. kirchliche Bindung oder einer anderen Konfession als den in der Landesverfassung verankerten Konfessionen wächst, ist es wichtig, vom konfessionsgebundenen Religionsunterricht unabhängige Zugänge der Wertevermittlung in Schulen anzubieten. Aus diesem Grund wollen wir Grüne Ethik ab der ersten Klasse einführen und haben diese Forderung auch in unserem Landtagswahlprogramm festgeschrieben. Über das Schulfach Ethik wollen wir Schülerinnen und Schüler, die nicht am konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen, die Möglichkeit</p>	<p>1. Die SPD-Baden-Württemberg setzt sich unverändert für eine Ausweitung des Ethikunterrichts ein. Angesichts begrenzter Finanzmittel und des großen Reformstaus in zahlreichen Feldern der Bildungspolitik (bspw. Inklusion, Ganztagschule, Ausbau frühkindliche Bildung) musste die praktische Umsetzung leider verschoben werden. Deshalb sprechen wir uns mit Nachdruck dafür aus, dass die Einführung eines Ethikunterrichts im Grundschulbereich ab Klasse 1 für die kommende Legislatur eine besondere bildungspolitische Priorität besitzt.</p>	<p>1. Ja. Wir Freie Demokraten stehen für die Werte der Aufklärung, für religiöse Toleranz und für die Überzeugung, dass jeder Mensch nach seiner Fassung selig werden möge. Darum wollen wir den Ethikunterricht an den allgemein bildenden Schulen bereits ab Klasse 1 anbieten. Das Fach Ethik ist dabei im Verhältnis zu den konfessionsgebundenen und konfessionsbetonten Angeboten an Religionsunterricht als gleichwertiges Fach zu behandeln.</p>	<p>1. Schon allein wegen der Veränderungen in der Zusammensetzung der Schülerschaft halten wir es für zwingend, Ethik nicht nur ab Klasse 5, sondern schon in Klasse 1 anzubieten. Die jetzige Regelung, dass Grundschüler aus Aufsichtsgründen zur Teilnahme am oder zur Anwesenheit im Religionsunterricht verpflichtet werden, halten wir für verfassungswidrig.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass Ethik in allen Schularten, Schulen und Klassenstufen als gleichwertiges Wahlpflichtfach angeboten wird.</p>

	<p><i>Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern und unter Schulaufsicht des Landes erteilt. Für nicht konfessionell gebundene Schülerinnen und Schüler soll das Angebot „Ethik“ bestehen. (S. 27)</i></p> <p><i>(Aus dem CDU-Regierungsprogramm 2016-2021. Leitantrag auf dem 67. Landesparteitag, Nov. 2015.)</i></p>	<p><i>geben, sich mit Weltanschauungsfragen auseinanderzusetzen.</i></p>			
<p><b>2. Sind Sie bereit, das Fach Ethik als reguläres Unterrichtsfach in allen beruflichen Schularten einzurichten?</b></p>		<p><i>2. Auch an den beruflichen Schulen soll Ethik ein Regelangebot sein. Um der in Bezug auf Wertorientierungen zunehmend heterogenen Schülerschaft an diesen Schularten Rechnung zu tragen, muss der Status eines Schulversuchs beendet werden.</i></p>	<p><i>2. Der Blick auf übergeordnete Fragen des menschlichen Zusammenlebens ist angesichts der aktuellen Konflikte in der Welt und der wachsenden Terrorgefahr in sämtlichen Schularten unverzichtbar. Darüber hinaus fordert die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen ohne religiöse bzw. kirchliche Bindungen einen zusätzlichen, vom konfessionsgebundenen Religionsunterricht unabhängigen</i></p>	<p><i>2. Ja. Wir sind der Meinung: Was für die allgemeinbildenden Schulen gilt, muss in gleicher Weise auch für die beruflichen Schulen gelten. Das Fach Ethik muss daher auch in allen beruflichen Schularten angeboten werden.</i></p>	<p><i>2. Wir sprechen uns auch für eine Ausweitung des Ethikunterrichtes an beruflichen Schulen aus. DIE LINKE setzt sich nicht nur für den Ethikunterricht als Wahlalternative zum Religionsunterricht ein, wir sehen hier auch wichtige inhaltliche Impulse und sprechen uns für die Einführung an allen Schulen aus.</i></p>

			<p><i>gigen Zugang der Wertevermittlung in der Schule. Für die beruflichen Gymnasien ist das Fach Ethik in allen Stufen bereits reguläres Unterrichtsfach. In den übrigen Schularten des beruflichen Schulwesens erfolgt der Unterricht an festgelegten Schulen auf der Grundlage einer schulgesetzlichen Erprobungsregelung. Eine Weiterentwicklung des Status Quo gilt es auf Basis einer entsprechenden Auswertung der Erprobungen zu erörtern. Dass die SPD bereit ist, eine langjährige und erfolgreiche Schulversuchspraxis in eine Regelstruktur zu überführen, haben wir bereits bei der gesetzlichen Verankerung der Ganztagschule unter Beweis gestellt.</i></p>		
<p><b>3. Sind Sie bereit, sich für eine Aufhebung</b></p>		<p><i>3. Wir wollen die Regelung, dass Ethikunterricht nur angeboten</i></p>	<p><i>3. Die Zahl der Schulen, die keinen Religionsunterricht anbieten, ist</i></p>	<p><i>3. Ja. Ein Junktim zwischen dem Angebot von</i></p>	<p><i>3. Ja. Ethik muss als reguläres Fach an allen</i></p>

<p><b>des Junktims von Religions- und Ethikunterricht einzusetzen und dafür einzutreten, Ethikunterricht unabhängig vom Religionsunterricht an allen Schulen einzurichten?</b></p>		<p>wird, wenn es Religionsunterricht gibt, abgeschaffen. Denn der Umstand, dass an Schulen mit nur wenigen konfessionell gebundenen Schülerinnen und Schüler kein Ethikunterricht erteilt wird, ist eine Diskriminierung all derer, die sich eine wertevermittelnde und weltanschaulich neutrale Bildung wünschen.</p>	<p>verhältnismäßig gering. Realpolitisch bemessen wir der Frage nach einem Ausbau des Ethikunterrichts und der Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen einen höheren Stellenwert zu als der Aufhebung des angesprochenen Junktims von Religions- und Ethikunterricht. Zugleich gilt es zu betonen, dass die Vermittlung ethisch-moralischer Werte nicht nur eine originäre Aufgabe des Religionsunterrichts oder des Ethikunterrichts ist. Mit der Neuauflage des Bildungsplans sollen vielmehr gesellschaftliche Entwicklungen und daraus abgeleitete Fragestellungen in unterschiedlichen Fächern thematisiert werden. So sollen Schülerinnen und Schüler in allen allgemeinbildenden Schularten befähigt werden, eigene</p>	<p>Religionsunterricht einerseits und dem Angebot von Ethikunterricht andererseits dient weder dem Religionsunterricht noch dem Ethikunterricht. Entscheidend ist für uns Freie Demokraten, dass jede Schülerin und jeder Schüler ein Unterrichtsfach des Wertediskurses und der Wertevermittlung besucht, dem persönlichen Wunsch entsprechend entweder bekenntnisorientiert oder ohne Festlegung auf ein Bekenntnis beziehungsweise eine Religion. Begreift man wie wir Religions- und Ethikunterricht als Wahlalternativen, widerspricht dies einem Junktim.</p>	<p>Schulen angeboten werden, da sonst, wie in der Antwort zu Frage eins dargestellt, ein indirekter Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht ausgeübt wird.</p>
--	--	--	---	---	---

			Antworten auf Fragen der Globalisierung, des demographischen Wandels und wachsender Diversität in der Gesellschaft zu erarbeiten und zu diskutieren.		
<b>4. Sind Sie bereit, den Ersatzfachstatus des Ethikunterrichts aufzugeben und stattdessen Ethik als reguläres Wahlpflichtfach, ohne Abmeldezwang einzurichten?</b>		4. Für uns Grüne ist der Ethikunterricht gleichberechtigt zum Religionsunterricht einzuführen. Es sollte eine gemeinsame Aufgabe von Religion und Ethik sein, Schülerinnen und Schüler verantwortungs- und wertebewusstes Handeln aufzuzeigen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass eine verstärkte Kooperation zwischen den religiösen Unterrichtsfächern verschiedener Bekenntnisse, sowie dem Ethikunterricht bis hin zu gemeinsamen Unterrichtsphasen stattfindet. So können die Schülerinnen und Schüler die Unterschiede reflektieren,	4. Faktisch ist Ethik bereits als gleichberechtigtes Wahlpflichtfach in der gymnasialen Oberstufe zu betrachten.* Aus unserer Sicht gilt es, diesen Status auch auf untere Klassenstufen auszuweiten. Dem formalen Abmeldezwang messen wir eine geringe Bedeutung bei. Viel wichtiger ist es, die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen, um das Unterrichtsangebot Ethik realisieren zu können. Das herausragende Engagement der Ethik-Lehrerinnen und -Lehrer verdient hierbei unsere besondere Würdigung und Wertschätzung.	4. Ja. Die Gleichwertigkeit des Faches Ethik gegenüber dem konfessionsgebundenen Religionsunterricht steht für uns Freie Demokraten außer Zweifel. Ohnehin ist es gängige Praxis, dass sich Schülerinnen und Schüler dort, wo sowohl Ethik- als auch Religionsunterricht angeboten werden, für das eine oder andere Fach entscheiden. Bereits die christlich-liberale Landesregierung der vergangenen Legislaturperiode stellte das Fach Ethik auch als Prüfungsfach an den weiterführenden Schulen dem Religionsunterricht vollständig gleich, eröffnete die Möglichkeit	4. Wir treten ein für eine absolute Gleichberechtigung. Insbesondere lehnen wir auch die verfassungswidrigen Abmeldeeregeln vom Religionsunterricht als diskriminierend ab, bei der „Glaubens- und Gewissensgründe vorgebracht werden“ müssen, und zwar beim Schulleiter. Wir setzen uns ein für ein Wahlrecht, das nicht mit Gewissensaspekten begründet werden muss.  Wir werden uns im Landtag intensiv dafür einsetzen, dass hier eine schnelle Änderung ein-

		Vorurteile abbauen, Toleranz entwickeln und Gemeinsamkeiten entdecken.	* gestrichen wurde im Nachhinein der folgende Einleitungssatz zu Frage 4: „Die SPD unterstützt die Forderung nach einer formalen Gleichstellung von Religionsunterricht und Ethik.“	vierstündiger Ethik-Kurse in der gymnasialen Oberstufe und richtete grundständige Studiengänge für das Lehramt im Fach Ethik an allen weiterführenden Schulen ein.	tritt und Ethik als vollwertiges Fach durchgehend angeboten wird.
<b>5. Sind Sie bereit, islamischen Religionsunterricht als Ergänzung und nicht als Ersatz für den Ethikunterricht zu verstehen?</b>		5. Für uns Grüne ist der islamische Religionsunterricht ein Ausdruck und zugleich Beweis einer toleranten und integrierenden Gesellschaft. Nur wenn der Islam als gleichberechtigte Religion anerkannt ist, können Muslime rechtlich, politisch und sozial in unsere Gesellschaft integriert werden. Die Nachfrage nach islamischem Religionsunterricht ist in Baden-Württemberg groß. Immer mehr muslimische Eltern wünschen sich für ihre Kinder einen Islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache. Daher haben wir	5. Schülerinnen und Schüler haben einen verfassungsrechtlichen und schulgesetzlichen Anspruch auf einen konfessionellen Religionsunterricht. An diesem Grundsatz hält die SPD fest. Deshalb begrüßen wir, dass die Islamische Religionslehre sunnitischer Prägung bereits Bestandteil der neuen Bildungspläne ab dem Schuljahr 2016/17 ist. Durch die Ausweitung des Modellversuchs wird derzeit an über 70 Schulen im Land bereits der islamische Religionsunterricht von ausgebildeten Lehrkräften in deutscher Sprache angeboten. Die SPD Ba-	5. Integration und konfessionelle Bindung bilden nach unserer Auffassung keine Gegensätze – im Gegenteil: Nur wer seine eigenen religiösen Wurzeln kennt, wird dadurch dialogfähig. Daher treten wir Freien Demokraten entschieden sowohl für den weiteren Ausbau des Ethikunterrichts als auch des islamischen Religionsunterrichts ein; einen entsprechenden Antrag haben wir im Januar 2015 in den Landtag eingebracht (Drucksache 15/6343). Religionsunterricht der unterschiedlichen Bekenntnisse anerkannter Glaubensgemeinschaften	5. Wir teilen Ihre Bedenken insofern, als dass die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts letztlich den vor allem in den Städten immer fragwürdiger werdenden konfessionellen Religionsunterricht legitimieren soll. Wir teilen Ihre positive Bewertung des überkonfessionellen Ethikunterrichts, der Wertvorstellungen und Religionen in einen fruchtbaren Dialog bringen kann. Wir sehen langfristig auch die Notwendigkeit, neue Wege zu beschreiten. Wir begrüßen die Bereitschaft der Kirchen, im Rahmen des konfessionell-ko-



		<p><i>den islamischen Religionsunterricht ausgeweitet, damit noch mehr junge Musliminnen und Muslime die Möglichkeit haben, sich mit ihrer Religion fundiert und konstruktiv auseinanderzusetzen. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir den islamischen Religionsunterricht dort als reguläres Schulfach anbieten, wo es eine Nachfrage gibt.</i></p>	<p><i>den-Württemberg unterstützt die Absicht, dass nach Beendigung der Modellphase im Jahre 2018, die islamischen Verbände eine gemeinsame Trägerschaft für den islamischen Religionsunterricht übernehmen. Die SPD betrachtet diese Entwicklung als wichtigen Schritt für gesellschaftspolitische Anerkennung der Muslime in unserem Land und sieht darin durchaus einen wichtigen Beitrag für eine bessere Integration.</i></p>	<p><i>und Ethikunterricht verstehen wir alle als gleichwertige Alternativen. Unser Ziel ist ein Angebot, das jedem jungen Menschen den Besuch des Religions- oder Ethikunterrichts seiner beziehungsweise ihrer Wahl ermöglicht. Gerade das Angebot eines auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden islamischen Religionsunterrichts, erteilt durch an einem Zentrum für islamische Theologie einer deutschen Hochschule ausgebildete Lehrkräfte, halten wir eine wichtige Grundlage für eine gelingende Integration von Musliminnen und Muslimen in unserer Gesellschaft und für eine wirksame Maßnahme, um islamistischen Hinterhofpredigern den Boden zu entziehen.</i></p>	<p><i>operativen Religionsunterrichts den konfessionellen Unterricht zu öffnen. Wir halten es für notwendig, auch Ethik und die Ethik-Lehrkräfte einzubeziehen und den Schulen die Kompetenz zu geben, diese Kooperation selbst entsprechend den Voraussetzungen zu regeln.</i></p> <p><i>In der gegebenen Situation dürfte sich aus Grundgesetz und Landesverfassung Art. 18 ein gleiches Recht ableiten lassen, islamischen Religionsunterricht anzubieten.</i></p>
--	--	---	--	--	---